

Beiträge zur Geschichte der GEW

Herausgegeben von Marlis Tepe
Im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung

Alexandra Jaeger

Abgrenzungen und Ausschlüsse

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse
in der GEW Hamburg in den 1970er Jahren

Herausgegeben von Dirk Mescher
im Auftrag der GEW Hamburg

Die Autorin

Alexandra Jaeger, Dr. phil., ist Historikerin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.



Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-6267-0 Print

ISBN 978-3-7799-5567-2 E-Book (PDF)

1. Auflage 2020

© 2020 Beltz Juventa

in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung und Satz: Ulrike Poppel

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor_innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Vorwort	7
1 Einleitung	9
2 Gewerkschaftliche Konfliktgeschichte: Polarisierungen in der GEW Hamburg Anfang der 1970er Jahre	19
3 Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg	32
3.1 Erste Maßnahmen der DGB-Gewerkschaften gegen die RGO-Politik	32
3.2 Zuspitzung in der Hamburger GEW	34
3.3 Die ersten Ausschlussversuche im Herbst 1973	38
3.4 Der Hamburger Unvereinbarkeitsbeschluss vom Januar 1974	45
3.5 Festschreibung der UVB durch Satzungsänderungen und Zentralisierung der GEW	53
4 Die Abkehr von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen	69
5 Die Logiken der Unvereinbarkeit: Verfahren und betroffene Personen	76
5.1 Betroffene Organisationen und Personen	76
5.2 Nichtaufnahmen	80
<i>Beispiel: Axel Motullo</i>	86
5.3 Ausschlüsse	90
<i>Beispiel: Arne Andersen</i>	100
<i>Beispiel: Carl-Heinz Koch</i>	106
5.4 Verweigerter Rechtsschutz	117
<i>Beispiel: Sabine Breustedt</i>	123
6 Fazit	128

Beiträge zur Geschichte der GEW

Herausgegeben von Marlis Tepe
im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung

Marcel Bois

Von den Grenzen der Toleranz

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
gegen Kommunistinnen und Kommunisten
in den eigenen Reihen (1974–1980)

Mit einem Vorwort von Marlis Tepe

BELTZ JUVENTA

Der Autor

Dr. Marcel Bois ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die historische Kommunismusforschung und die Gewerkschaftsgeschichte. Zuletzt veröffentlichte er bei Beltz Juventa die Studie „Volksschullehrer zwischen Anpassung und Opposition. Die ‚Gleichschaltung‘ der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (1933–1937)“.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-6586-2 Print
ISBN 978-3-7799-6587-9 E-Book (PDF)

1. Auflage 2021

© 2021 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Ulrike Poppel
Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor_innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Vorwort

1. Einleitung

2. Die Etablierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

- 2.1. Zwischen linkem Aufbruch und rechten Angriffen:
Die GEW in den frühen 1970ern
- 2.2. Die Welt der K-Gruppen
- 2.3. K-Gruppen im DGB
- 2.4. Die Grenze der Toleranz: Der Umgang der GEW
mit maoistischen Kadern
- 2.5. Von Mainz nach Köln: Festschreibung des Unvereinbarkeits-
beschlusses
- 2.6. Auseinandersetzungen mit einzelnen Landesverbänden

3. Praxen der Unvereinbarkeit

- 3.1. Ausschlüsse
 - 3.1.1. Die Verfahren im Hauptvorstand
 - 3.1.2. Die Ausgeschlossenen
- 3.2. Weitere Maßnahmen
 - 3.2.1. Abgelehnte Mitgliedsanträge
 - 3.2.2. Verweigerter Rechtsschutz
 - 3.2.3. Funktionsverbot
- 3.3. Zwischen Information und Überwachung

4. Die Abkehr von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen

5. Fazit

Abkürzungsverzeichnis

Quellen- und Literaturverzeichnis

Namensregister

Abbildungsverzeichnis

Dank

Rechtsstaatlich bedenkliche Vorgänge

// 124 Frauen und 169 Männer wurden in den 1970er-Jahren wegen „Mitgliedschaft oder Unterstützung“ sogenannter K-Gruppen aus der GEW ausgeschlossen, weitere Menschen wurden nicht aufgenommen oder verloren ihren Rechtsschutz. In der Studie „Von den Grenzen der Toleranz“ beschreibt der Hamburger Historiker Marcel Bois die Gründe und Folgen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. //

Wegen eines Antrags verlor eine Bremerin 1976 ihre GEW-Zugehörigkeit: „Sie unterstützen den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW)“, hieß es in einem harschen Brief des Hauptvorstands. Begründung: Ihre Wortmeldung enthalte „eindeutig KBW-Forderungen“. Einen Beweis, dass die Frau der linken Gruppierung angehörte, gab es nicht. In Nordrhein-Westfalen hatten zwei Mitglieder 1975 ein KBW-Flugblatt mitverteilt – vor dem Unvereinbarkeitsbeschluss, der GEW-Mitgliedern verbot, die Gruppe zu unterstützen. Es sei doch, so schrieben sie an den GEW-Vorstand, „in der abendländischen Rechtsordnung nicht üblich, Vergehen rückwirkend zu ahnden“. Das Argument half nicht, 22 von 31 Vorstandsmitgliedern stimmten für Ausschluss.

Wie es zu diesen – rechtsstaatlich bedenklichen – Vorgängen kam, arbeitet Bois in seiner knapp 150 Seiten starken Studie heraus. Er führt die Leserschaft in die Zeit des Kalten Krieges und der '68er-Bewegung mit ihren Konflikten, die auch die GEW fast zerrissen. Gestritten wurde über Bildung, Gesellschaftsrollen und Staatsverständnis. Die Politisierung habe für eine „Verschiebung nach links“ gesorgt, schreibt Bois. Bundesweit gehörte geschätzt rund eine Million Menschen zum sogenannten linken oder alternativen Milieu. „Die Zeit war geprägt



Protest gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW in den 1970er-Jahren. Das Bild zeigt eine Aktion gegen den Ausschluss des Lehrers Manfred Köhler aus Frankfurt am Main 1977.

von der Suche nach Alternativen und Utopien“, so die Historikerin Alexandra Jaeger, die in einer eigenen Studie die Hamburger Unvereinbarkeitsbeschlüsse untersucht hat (s. E&W 2/2021). Im Rahmen dieser Sinnsuche schlossen sich Hunderttausende einer der zahlreichen sozialistischen, kommunistischen oder maoistischen Gruppen an.

GEW unter Druck

Der GEW brachte die Politisierung neue Mitglieder, darunter viele Studierende, die offen für linke Ideen waren. Auch der Sozialdemokrat Erich Frister, der 1968 zum GEW-Vorsitzenden gewählt wurde und das Amt bis 1981 innehatte, bekannte sich zunächst zum Pluralismus. Doch die Gewerkschaft habe unter Druck gestanden, schreibt Bois. So beobachteten die konservativen Medien die GEW kritisch, für die „Bild“ war

sie gar ein „Schwerpunkt linksextremer Wählerarbeit“. Misstrauen gab es auch von der Politik, vor allem der CDU. Dazu trug bei, dass 1972 die RAF-Mitglieder Ulrike Meinhof und Gerhard Müller in der Wohnung des GEW-Vorstandsmitglieds Fritz Rodewald verhaftet wurden. Dass Rodewald selbst die Polizei rief, half nichts: „Ein ganz schlimmer Linksradikaler“ sei er, befand das Boulevardblatt „Praline“.

Auch in der eigenen Mitgliedschaft prallten die Meinungen aufeinander. In diesem Spannungsfeld und vor dem Hintergrund des staatlichen Radikalerlasses, der GEW-Mitglieder besonders traf, habe sich der Vorstand genötigt gesehen, „seine Verfassungstreue zu beweisen“, schreibt Bois. Konkret wurde es, als der DGB im Oktober 1973 einen Unvereinbarkeitsbeschluss erließ, den die Einzelgewerk-

schaften umzusetzen hatten. Kurz darauf, im Januar 1974, verabschiedete die GEW Hamburg nach Konflikten zwischen Mitgliedern und Vorstand eine eigene Unvereinbarkeitsliste. Weitere Landesverbände zogen nach, auch der Hauptvorstand handelte: Der Gewerkschaftstag 1974/75 erteilte dem Gesamtverband mehr Befugnisse, Ausschlussverfahren lagen nun in der Hand des Hauptvorstands.

Berufsverbote drohten

„Der linke Frister – Linke frisst er“, lautete ein Spottsatz über den gewandelten Vorsitzenden. Im Mai 1975 beschied der Vorstand erstmals über eine Liste mit 70 Namen. Zwar war Widerspruch gegen den Ausschluss möglich – allerdings beim Hauptausschuss, dem Vorstandsmitglieder angehörten. Wegen dieser Praxis und den unklaren Kriterien für Ausschlüsse gab es Kritik, sowohl im Vorstand von einer Gruppe um die Berliner GEW-Vorsitzende Lore Kujawa als auch aus den Ländern und der Mitgliedschaft. Der Landesverband Berlin, dessen Versammlung den Unvereinbarkeitsbeschluss ablehnte, musste die GEW verlassen und wurde erst 1979 wieder aufgenommen – dieses besondere Kapitel konnte die Studie nur streifen. Was in den Landesverbänden im Einzelnen geschah, könne Thema künftiger Forschungen sein, sagt Bois. Neben den Protesten stand die Sorge, dass sich die GEW inhaltlich einengt, „durch Amputation des linken Beins zum bildungspolitischen Krüppel“ werde, so ein Mitglied. Die Abgrenzung ging so weit, dass Angehörige oder Sympathisanten der K-Gruppen bei GEW-Veranstaltungen nicht im Saal sein durften – Funktionären drohte der Ausschluss, wenn sie dies nicht durchsetzten.

Tatsächlich traten K-Gruppen-Kader oft konfrontativ auf, in einigen Gruppen galten Gewerkschafter als „Arbeiterverräter“ und „Kapitalistenknechte“. Doch viele derer, die

nicht im engen Zirkel mitarbeiteten, traf der Verlust der GEW-Mitgliedschaft hart. Schließlich führte sie zum Verlust des Rechtsschutzes – besonders bitter, wenn parallel Berufsverbote auf Grundlage des Radikalenerlasses drohten. Ob es eine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Behörden gab, lässt Bois offen. Auffallend sei aber, dass Gewerkschaftsausschluss und Berufsverbot oft zeitlich beieinander lagen und ähnlich begründet wurden. Daher sei denkbar, dass Informationen informell weitergegeben wurden. Belegt ist, dass der DGB bis 1979 Listen ausgeschlossener Mitglieder an einen großen Empfängerkreis verschickte, bis Hinweise auf Datenschutz dieses Vorgehen beendete.

Der letzte Ausschluss durch den GEW-Hauptvorstand fand 1979 statt, aber erst 1989 strich die GEW den Unvereinbarkeitsbeschluss aus der Satzung. Als erste Gewerkschaft macht die GEW den Schritt, die Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wissenschaftlich aufzuarbeiten. Es gelte, den damals Betroffenen „ein Gesicht zu geben“, so die ehemalige Vorsitzende Marlis Tepe in ihrem Vorwort zur Studie. Die GEW bietet Menschen, die ausgeschlossen oder nicht aufgenommen wurden, eine beitragsfreie Mitgliedschaft und eine „Anerkennungspauschale“ an. „Wir können die vergangenen Entscheidungen nicht rückgängig machen, aber wir entschuldigen uns respektvoll gegenüber den Betroffenen“, schreibt Tepe.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Marcel Bois: Von den Grenzen der Toleranz – Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974–1980). Mit einem Vorwort von Marlis Tepe. Beltz-Verlag, Weinheim 2021, 150 Seiten.

Geprägt durch den Antikommunismus

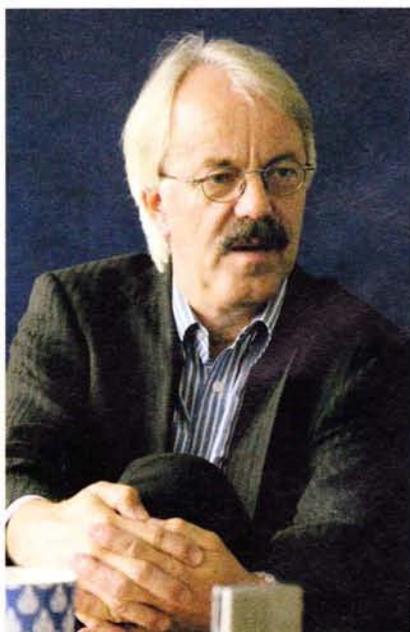


Foto: privat

Hans-Peter de Lorent

// **Bildungsforscher Hans-Peter de Lorent würdigt in einer Biografie den ehemaligen GEW-Vorsitzenden Erich Frister.** //

E&W: Erich Frister leitete die GEW von 1968 bis 1981, in den Zeiten der Berufsverbote. Das Thema betraf auch Sie als jungen linken Lehrer. Warum haben Sie seine Biografie geschrieben, und hat Sie bei der Recherche etwas überrascht?

Hans-Peter de Lorent: Ich beschäftige mich seit über 40 Jahren mit Bildungsgeschichte und fand es notwendig, über diese Person zu schreiben, die in den 1970er-Jahren prägend in der bildungspolitischen Debatte war. Ich selbst habe ihn bei Auftritten als glänzenden Rhetoriker erlebt. Überraschungen gab es einige, denn so sehr Frister öffentlich aufgetreten ist, so wenig hat er sich über Privatleben und Werdegang geäußert. So habe ich Details seiner Herkunft herausgefunden, die selbst enge Weggefährten nicht

kannten – mutmaßlich nicht einmal Frister selbst. Es geht unter anderem um seinen Adoptivvater, der ins KZ Buchenwald kam, allerdings nicht als politischer oder jüdischer Gefangener, sondern wegen – von den Nazis behaupteter – Straftaten. Heute lässt sich die Akte übers Internet herunterladen, Frister konnte das damals nicht.

E&W: Sie beschreiben seine Talente, seine rhetorischen Fähigkeiten. Gleichzeitig führte er autoritär, gerade Frauen gegenüber, und schloss seinen eigenen Landesverband Berlin aus der GEW aus. Wäre jemand wie Frister heute noch als Vorsitzender tragbar?

de Lorent: Er war eine Figur seiner Zeit, geprägt durch den Antikommunismus in Westberlin, geprägt durch eigene Verletzungen aus der Kindheit – ich vergleiche ihn mit Ex-Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der eine ähnliche Geschichte hatte. Frister war sehr misstrauisch und stringent in der Arbeit: Auf Debatten, die er abwegig fand, mit Leuten, die er für Spinner hielt, hatte er keine Lust. Auch wegen dieser Haltung wäre er 1981 nicht wiedergewählt worden.

E&W: Warum ist es heute wichtig, sich mit ihm zu befassen?

de Lorent: In den 1970er-Jahren war Erich Frister die GEW. Er hat das Profil der Gewerkschaft geschärft, er hat viel geleistet für Lehrerbildung, gerade für die Grund- und Hauptschullehrkräfte. Auch für eine entsprechende Besoldung hat er sich eingesetzt. In der Debatte um die Berufsverbote ist interessant, wie sich seine Haltung verändert hat.*

E&W: Sie haben seinen privaten Hintergrund beleuchtet – Frister kam aus sogenannten kleinen Verhältnissen, wurde zum Kriegsdienst eingezogen, hat nie studiert. Spornte ihn an, dass ihm Bildungschancen verbaut waren?

de Lorent: Ganz genau, das war sein Impuls. Er hat für Chancengleichheit für Kinder aus unterprivilegierten Familien gekämpft, in dem Zusammenhang steht auch der Einsatz für bessere Bedingungen an Grund- und Hauptschulen. Aus der eigenen Lebensgeschichte motiviert ist auch sein Unwillen, über seine Herkunft zu sprechen. Er bewegte sich auf der politischen Bühne mit Personen wie dem



Erich Frister

Foto: J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung-6/FHHD005022

ehemaligen Bundesbildungsminister und späteren Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), und es muss für Frister eine Genugtuung gewesen sein, dass er einen Saal mitreißen konnte, was der Yale-Absolvent Dohnanyi nicht schaffte.

E&W: Die Tragik ist, dass Frister, statt die Schulen demokratischer zu machen, mit den internen Konflikten der GEW befasst war. Ist er gescheitert?

de Lorent: Die Gewerkschaft hat auch in diesen Jahren inhaltlich gearbeitet, hat sich für andere Schulen eingesetzt, etwa für die Entwicklung von Gesamtschulen. Dabei hat Frister eine wichtige Rolle gespielt. Bei der Integration der Junglehrer der antiautoritären Studentenbewegung hat er keine gute Figur gemacht. Hier passt der Vergleich mit der SPD, die ähnliche Schwierigkeiten mit der jungen Generation hatte.

E&W: Aktuelle Studien über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse stellen den äußeren Druck auf die GEW dar, Sie betonen innere Spaltungen und Fristers Haltung als Antikommunist?

de Lorent: Er war von der Berliner Frontstadt-Atmosphäre geprägt. Hinzu kommt: Die GEW ist ursprünglich eine Volksschullehrer-Gewerkschaft gewesen, in den Gremien bestimmten Rektoren, oft ältere Leute. Nun kamen, gerade aus den Unis der Stadtstaaten, die jungen Radikalen, die schon in Auftreten und Habitus anders waren. Frister hat diese Jungen nicht integrieren können. Aber welchen großen Respekt er auch bei den Linken genoss, zeigt der Vorfall rund um die Festnahme von Ulrike Meinhof, den ich schildere: Sie und ein weiteres RAF-Mitglied hatten sich bei Fritz Rodewald, dem Sprecher der Junglehrer der GEW, einquartiert, und der suchte in dieser schwierigen Lage den Rat Fristers, der ihm politisch eher fernstand.

E&W: Von der GEW ging Frister zum gewerkschaftseigenen Woh-

nungsunternehmen „Neue Heimat“ (NH), er kam damit „vom Regen direkt in die Jauche“, wie er selbst sagte, denn das Unternehmen stand durch Missmanagement vor dem Bankrott. Wie hat er verkräftet, dass seine Karriere mit diesem dunklen Fleck endete?

de Lorent: Er hatte eine lange Karriere hinter sich, aber war erst 54 Jahre alt. Als sich seine Hoffnung zerschlug, DGB-Vorsitzender zu werden, kam das Angebot, zur NH zu gehen. Das Unfaire war, dass ihm nicht gesagt wurde, dass dort einiges im Argen war. Nach drei Monaten flog das auf, die Geschichte kostete die Gewerkschaften am Ende Milliarden. Für Frister muss das tragisch gewesen sein. Er ist noch dageblieben und hat versucht, die Dinge für die Beschäftigten zu regeln, aber das war bei diesem Desaster nicht mehr möglich. Ungerecht ist, dass bei vielen vor allem seine Tätigkeit bei der NH im Gedächtnis geblieben ist.

E&W: Am Ende seines Lebens litt er unter Parkinson, hatte kaum mehr Kontakte zu alten Weggefährten. Hat die GEW ihren langjährigen Vorsitzenden zu wenig wertgeschätzt, oder lag es an seiner Haltung?

de Lorent: Wahrscheinlich eine Mischung aus beidem. Frister hatte sich zurückgezogen, und weil er persönliche Kontakte nicht gepflegt hatte, gab es eben weniger Treffen. Mit der Biografie wollte ich auch an die Verdienste erinnern, die er sich um die Bildungspolitik und die GEW erworben hat.

Interview: Esther Geißlinger,
freie Journalistin

***siehe E&W 9/2021, S. 36 f. Erich Frister hatte sich vom Linken, der sich zunächst zum Pluralismus bekannt hatte, zum Vollstrecker der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW gewandelt.**